Junge Kirche

Mitteilungsblatt der Jungreformatorischen Bewegung

Nummer 9

Göttingen

24. August 1933

Es ist keine Gewalt ohne von Gott. Wer der Gewalt widersteht, der widersteht Gottes Ordnung. Wer aber Gottes Ordnung widersteht, der gibt sich selbst in die Verdammnis. Luther.

Dem Gerechten ist kein Befehl gegeben, sondern den Ungerechten und Ungehorsamen, den Gottlosen und Sündern, den Unheiligen und Ungeistlichen. 1. Tim. 1, 9.

Die Jungreformatorische Bewegung und die Kirchenpolitik.

16 Thesen.

Nachstehende grundlegenden Sätze wurden den Besprechungen der Vertrauensmänner-Versammlung der Jungreformatorischen Bewegung am 2. August 1933 in Berlin zugrunde gelegt.

1. Ein fast hoffnungsloser kirchenpolitischer Kampf liegt hinter uns. — Wir mußten ihn kämpfen, weil kirchliche Neuwahlen vom Staat bzw. den Deutschen Christen als Gegenleistung für die Zurückziehung der Kommissare gefordert und von den Kirchenleitungen in falschem, wenn auch gutem Glauben zugestanden worden waren.

2. Dieser Kampf war ein Kampf um die Macht, genauer ein Kampf um die Frage, ob für den Neubau der Kirche die kirchliche Rechtsordnung oder der revolutionäre Anspruch der Deutschen Christen grundlegende Geltung haben sollte.

Die J. B. stand in diesem Kampf Schulter an Schulter mit den alten Behörden, alten Führern, alten Gruppen, — nicht auf Grund natürlicher oder „politischer“ Sympathien, sondern in der Erkenntnis, daß ein revolutionäres Greifen nach der Macht nur Schaden für die Kirche bedeuten kann, wenn der Kampf nicht zugleich um eine unaufgebare Wahrheit geführt wird.

3. Der Kampf trug für uns also Verteidigungscharakter: es galt, dem Einbruch ungeistlicher Tendenzen und Methoden zu wehren. —

Da die „Freiheit“ der Wahlen ausdrücklich zugesichert war, war dieser Kampf auch nicht etwa von vornherein entschieden. Entschieden wurde er erst durch den Einsatz unkirchlicher bzw. nichtkirchlicher Faktoren.

4. So wurde ohne und gegen unseren Willen aus diesem kirchenpolitischen Kampf mehr und mehr ein staatspolitischer Kampf gemacht, indem alles, was gegen die Deutschen Christen stand, als politisch unzuverlässig, ja als staatsfeindlich hingestellt wurde.

Diese Wendung vom kirchenpolitischen zum staatspolitischen wurde unmißverständlich klar in der Kanzlerrede am Spätabend des 22. Juli.

5. Damit war, als die Wahlen am 23. Juli begannen, für die F. B. die Frage aufgeworfen, ob wir uns auf diesem Weg noch weiterdrängen lassen dürften.

Die Reichsleitung hat sich im Lauf des 23. Juli mehrfach mit dieser Frage befaßt und ist zu dem Schluß gekommen, ihre „Kirchenpolitische“ Aufgabe mit diesem Tage als abgeschlossen zu erklären.

6. Neben viel Zustimmung hat uns dieser Entschluß eine zum Teil außerordentlich herbe Kritik eingetragen, die so weit ging, daß uns Mangel an Glauben und Mut vorgeworfen wurde.

Wir haben diese Vorwürfe zurückgewiesen und stehen nach wie vor zu diesem Entschluß mit der folgenden Begründung:

7. Der Machtkampf ist entschieden. Die Deutschen Christen sind gewillt, ihre Majorität, die sie als auf legalem Wege nachgewiesen ansehen, zur Geltung zu bringen und die Minorität, die nun den Stempel „staatspolitisch minderzuverlässig“ tragen soll, beiseite zu schieben. Die Frage ist die, ob wir nun noch diesen Kampf um die Macht weiterkämpfen sollen, ob wir es dürfen und können?!

8. Praktisch würde das bedeuten, daß wir unsere Kandidaten und Wähler vor die Forderung stellen müßten, daß sie sich um der „Freiheit der Kirche“ willen mit dem Makel der minderen staatspolitischen Zuverlässigkeit belasten und beladen sollen. —

Wir haben uns zu dieser Forderung nicht entschließen können; denn wir müßten dann die Verantwortung dafür tragen, wenn um dieses Kampfes willen ein Teil derjenigen, die unserer Parole folgen, unter Umständen schwere persönliche Schädigungen auf sich nehmen müßten.

9. Das kann eine notwendige, ja für einen Christen selbstverständliche Forderung sein oder werden. Aber, um unsererseits jemand vor diese Forderung zu stellen, müßten wir selber gewiß sein, daß es hier um eine Frage geht, bei der es nur ein Bekennen oder ein Verleugnen geben kann. Status confessionis! Dieser Fall ist heute aber nicht gegeben.

Vielmehr ist der Kirchenstreit immer mehr aus der Sphäre des Glaubens und Bekennens herausgeglitten; und die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Front ist nicht mehr Frage des Glaubens (hier und dort sind Christen), sondern der Taktik oder der Strategie der Kirchenpolitik.

10. In dieser Lage den Kampf um die Macht mit den Mitteln der Kirchenpolitik fortsetzen würde bedeuten, daß viele bewußt evangelische Christen nicht mehr mitgehen würden — nicht etwa, weil sie verleugnen wollen, sondern weil sie in der Fortsetzung dieses Kampfes bei allem guten Willen keinen Akt des Bekennens mehr sehen können.

Denn: wogegen richtet sich dies Bekennen? Gegen eine bekenntnismäßig noch gar nicht in sich geklärte Gruppe? — Oder gegen einen Staat, der zwar in die Rechte der Kirche eingegriffen hat, aber dabei ausdrücklich erklärt, daß ihm ein Eingriff in Lehre und Bekenntnis fernliegt? —

11. Es muß jetzt darum gehen, daß neue, klare Fronten geschaffen werden und daß Vorsoorge getroffen wird, daß in der Kirche, die nun maßgebend von den Deutschen Christen gestaltet wird, Gemeinde Jesu Christi werde, die auch bereit ist zu bekennen, wenn wirklich ein Bekenntnis von ihr gefordert wird.

Das ist aber keine „Kirchenpolitische“ Aufgabe im eigentlichen Sinn! Das ist vielmehr eine gemeindlich-praktische und andererseits eine kirchlich-theologische Aufgabe.

12. Die gemeinschaftlich-praktische Aufgabe, die uns hier erwächst, ist für uns gewissermaßen nach „innen“ gerichtet: Es gilt, die gläubigen Glieder der Gemeinden zu sammeln und mit allem Ernst ihnen die Verkündigung zu bringen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, was Bekenntnisgrundlage der Kirche ist und bleiben muß.

13. Die kirchlich-theologische Aufgabe ist entsprechend nach „außen“ gewandt: Es gilt, die neue Leitung der Kirche und die für sie maßgebende Bewegung der Deutschen Christen vor die Bekenntnisfrage zu stellen.

Ist theologisch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der reformatorischen Lehre und dem, was die Deutschen Christen verkündigen? Wir fürchten: Ja! — Sie sagen: Nein! — Diese Unklarheit muß bereinigt werden durch ein zeitgemäßes Bekenntnis. Wenn es nicht von der anderen Seite kommt — und es hat nicht den Anschein, daß es bald kommen wird —, so muß es von uns kommen; und es muß so kommen, daß die andern dazu Ja oder Nein sagen müssen.

Entscheidend wird dabei das Verhältnis der drei Glaubensartikel zueinander sein.

14. So müssen wir zu einer echten Frontbildung, zu einem echten Frieden in der Kirche oder aber zu einem echten Kampf um die Kirche kommen. Und dann können wir erst wieder und mit gutem Gewissen ein Bekenntnis von denen fordern, die auf die biblische Botschaft zu hören bereit sind.

15. Wir erhalten deshalb für die F. B. die gegebene Parole aufrecht, daß wir uns jetzt mit vollem Bewußtsein auf die innere Linie konzentrieren, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei gewisse Positionen der „Kirchenpolitik“ preisgegeben werden müßten.

Wir wollen diese Positionen keineswegs freiwillig aufgeben; aber wir wollen sie nicht durch einen neuen Wahlkampf mit falschen Fronten erringen. — Wir müssen den Deutschen Christen vielmehr sagen, daß sie durch die Art des Kampfes, die wir nicht mehr mitmachen können, tatsächlich die ganze Verantwortung — auch die für uns — übernommen haben, und daß sie diese Verantwortung nun tragen müssen.

16. Wenn wir auf Grund freier Vereinbarung mit in die verschiedenen Synoden hineingehen, so wollen wir damit nicht eine Anerkennung für die Rechtmäßigkeit der Wahlen vom 23. Juli aussprechen, wenn wir für die Gültigkeit dieser Wahlen auch nicht bestreiten. Wir wollen aber auch die letzte Möglichkeit ausnutzen und ehrlich dazu helfen, daß die Gruppe, die die Macht erlangt hat, diese Macht als Verantwortung für die Kirche ansieht und aus dieser Verantwortung handelt. In diesem Sinne legen wir Wert darauf, wo es möglich und nötig ist, auch unsere Stimme zu erheben.

Amrum, 30. Juli 1933.

Martin Niemöller.

Vorgänge.

Die Wahrheit setzt sich durch.

Die Vorgänge anlässlich der Kirchenwahlen vom 23. Juli haben nicht nur in den außerhalb der Glaubensbewegung Deutsche Christen stehenden kirchlichen Kreisen eine herbe Kritik gefunden, sondern auch betont im Lager des Nationalsozialismus stehende Kreise fanden starke Worte der Ablehnung.

So schreibt „Der deutsche Sturmtrupp“, Kampfblatt der deutschen Jugend, herausgegeben von Baldur von Schirach, in seiner zweiten August-

Ausgabe über die Kirchenwahlen. Der Standpunkt des „Sturmtrupp“ entspricht in keiner Weise dem unseren. Wir vermögen uns lediglich in der sachlichen Kritik an den Methoden zu treffen. Trotzdem sind die Ausführungen des „Sturmtrupp“ zur Beurteilung der Lage von Bedeutung. Der „Sturmtrupp“ schreibt unter der Überschrift „Gegen Religionsheuchelei! Das Heilige im Menschen kann nicht gleichgeschaltet werden“:

Die politische Umwälzung in Deutschland hat naturgemäß Rückwirkungen auf die verschiedensten Lebensgebiete gehabt. Dabei hat es sich im Strudel der Ereignisse nicht vermeiden lassen, daß in letzter Zeit von Leuten, die meistens erst nach dem 5. März zum Nationalsozialismus „übergetreten“ sind, verschiedentlich Druckmittel für eine Sache gebraucht werden, die mit der Deutschen Revolution aber auch nicht das geringste zu tun hat. Über derartige Versuche und ihre außerordentlich ernstesten Gefahren für das seelische Leben unseres Volkes berichtet der Graf Reventlow in dem von ihm herausgegebenen „Reichswart“. Ohne daß wir uns mit Einzelansichten identifizieren, glauben wir doch soviel mit Sicherheit sagen zu dürfen, daß die deutsche Jugend allen Versuchen religiösen Gewissenszwanges nicht nur ohne jedes Verständnis, sondern mit innerer Empörung begegnet! . . .

Dr. v. Leers hatte damals u. a. geschrieben:

„Es gibt eine Grenze für alles Politische — sie liegt dort, wo das religiöse Gebiet beginnt. . . Zwangsbekehrungen, wie sie heute vielfach versucht werden, unter dem Druck wirtschaftlicher und menschlicher Nachteile eingeleitet, widersprechen in jeder Weise dem Sittlichkeits- und Moralempfinden der germanischen Rasse. Außerdem sind sie wertlos — der Gendarm im Hintergrunde ist anerkanntermaßen der schlechteste Missionar.“

An diese Ausführungen knüpft Graf Reventlow an:

„Von allen denen aber, die heute Kirche und Christentum rufen und jeden für ausfällig erklären, der nicht darauf reagiert, muß verlangt werden, daß sie die tieferen Ursachen der Entfremdung der Kirche wie dem Christentum gegenüber kennen. Mit den Schlagworten: ‚Liberalismus‘ und ‚Marxismus‘ läßt sich darüber nicht hinweggehen, jedenfalls nicht für den, dem es wirklich und aufrichtig am Kampf gegen die Religionslosigkeit liegt. . .

Mit der Maxime: Nur erst einmal die Außenstehenden schleunigst und mit allen Mitteln in die Kirche hineingetrieben! wird man keine Religion erzeugen noch fördern, sondern die religiös bedürftigen Seelen hindern, zum Verkümmern bringen und an Stelle dessen Heucheltum und Verflachung setzen!“

Der „Reichswart“, das Organ des Grafen Reventlow, schreibt weiterhin am 20. August unter der Überschrift „Christentum auf Kommando“ über das Auftreten von Pfarrern bei Massenveranstaltungen, wie es letzthin ein deutsch-christlicher Pfarrer bei dem SA.-Aufmarsch auf dem Tempelhofer Feld unternahm:

Nach einer neulichen Veranstaltung sind uns bittere Klagen darüber eingegangen, daß dort ein Pfarrer im Feldgottesdienst befehlsmäßig zum lauten Mitbeten aufgefordert hat, obgleich er wissen mußte, daß eine sehr große Anzahl der Versammelten nichtchristlichen Glaubensgemeinschaften angehörte. Solche und ähnliche Zwangsaktionen verursachen nur Empörung und steigende Bitterkeit und stehen in schreiendem Gegensatz zu allem volksgenössischen Empfinden. Außerdem möge der Herr Pfarrer einmal darüber nachdenken, was Jesus zu einer derartig kommandierten Massengebetdemonstration sagen würde, er, der sagte: wenn Du beten willst, gehe in Deine Kammer und schließe die Tür hinter Dir zu! und die Pharisäer gewißlich tadelte, weil sie sich, um so gesehen zu werden, an die Straßenecken stellten und beteten.

Was soll man ferner dazu sagen, daß Befehle ausgegeben werden, die regelmäßigen Kirchenbesuch unter Androhung von Geldstrafen und schließlich eines noch viel schärferen Vorgehens verhängen! Es würde ein grobes und in seinen Wir-

kungen verhängnisvolles Mißverständnis sein, wenn sich die Ansicht verbreiten und in entsprechenden Willensakten Folge finden sollte, daß nationalsozialistische Parteizugehörigkeit zur christlichen Kircheng Zugehörigkeit verpflichte, daß entsprechender Zwang auf diesem Gebiet zulässig sei, zum Beispiel zum Kirchenbesuch, und daß vollends Nichtchristen zu mißachten, zu vergewaltigen, zu bestrafen und auszuschließen seien. Wir möchten noch einmal hier dringend vor solchen Dingen warnen. . . .

Wir können nicht umhin, ein gewisses Gefühl der Verwunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß in der heutigen Kirchenpropaganda derartige Methoden nicht als unwürdig der Kirche und des Stifters des Christentums angesehen werden. Wir glauben auch nicht, daß Luther mit seiner unbeweglichen Scheidung des Diesseitigen und des Jenseitigen mit solchen Methoden einverstanden gewesen wäre.

Wenn neulich Pfarrer Köhler in einer großen Versammlung gesagt hat: Gottvertrauen müsse uns alle wieder zusammenführen, damit Volk und Kirche eins werde, so sind wir mit dem Gottvertrauen einverstanden, andererseits der Überzeugung, daß Volk und Kirche sich in Zukunft immer mehr voneinander entfernen werden. Wenn derselbe Geistliche erklärte: „Der Flucht aus der Kirche muß ein energisches Halt geboten werden!“, so ist das ein sehr gefährlicher Standpunkt, dessen Ausdruck wieder die Anwendung von Zwangsmaßnahmen und Strafen gegen solche Deutsche ankündigt, wie sie vorstehend angedeutet worden sind. Auf solchem Wege und mit solchen Mitteln erzielte Erfolge werden über kurz oder lang Wirkungen haben, die nicht allein die Hoffnungen der politischen Pastoren- und Kirchenbewegung enttäuschen, sondern Zwietracht säen müssen, wo deutsche Einigkeit, ja Einheit vorhanden sein muß, und bei gutem Willen und durch volksgeistiges, nationalsozialistisches Verhalten, durch Achtung vor Überzeugung und Anschauung der anderen ohne weiteres geschaffen werden kann.

Auch wir sind der Ansicht, daß eine „politische Kirchenbewegung“ ohne Frage in allen ihren Hoffnungen enttäuscht werden muß. Es ist uns weder auf die Macht in der Kirche noch auf den Glanz und die äußere Macht der Kirche angekommen. Es kam uns allein auf die Wahrheit und das Wort Gottes und ihre Geltung an. Man hat uns wegen dieser Einseitigkeit gescholten. Aber gerade aus dieser Einseitigkeit heraus ist unsere Sache die gerechte geblieben. Hitler sagt in seinem Buch „Mein Kampf“ (Ausgabe 1933, S. 187) in vorzüglicher Erkenntnis psychologischer Zusammenhänge:

Die Anwendung von Gewalt allein, ohne die Triebkraft einer geistigen Grundvorstellung als Voraussetzung, kann niemals zur Vernichtung einer Idee und deren Verbreitung führen, außer in Form einer restlosen Ausrottung aber auch des letzten Trägers und der Zerstörung der letzten Überlieferung. Dies bedeutet jedoch zumeist das Ausschneiden eines solchen Staatskörpers aus dem Kreis machtpolitischer Bedeutung auf oft endlose Zeit, manchmal auch für immer; denn ein solches Blutopfer trifft ja erfahrungsgemäß den besten Teil des Volkstums, da nämlich jede Verfolgung, die ohne geistige Voraussetzung stattfindet, als sittlich nicht berechtigt erscheint und nun die gerade wertvolleren Bestände eines Volkes zum Protest aufreizt, der sich aber in einer Aneignung des geistigen Inhalts der ungerecht verfolgten Bewegung auswirkt. Dies geschieht bei vielen dann einfach aus dem Gefühl der Opposition gegen den Versuch der Niederknüpfung einer Idee durch brutale Gewalt.

Diese Erkenntnis, die für die Staatspolitik ausgesprochen ist, aber für die Kirchenpolitik natürlich auch ihre Bedeutung hat, gilt mit fast erschreckender Unbedingtheit. Der Vorstoß der Deutschen Christen hat im Sinne dieser Erkenntnis eine doppelte Folge gehabt. Erstens: die Deutschen Christen haben zwar überraschend schnell die Massen bekommen. Die jungereformatorischen Kräfte sind zu einer Minderheit geworden. Aber wir haben ja gerade in den letzten 14 Jahren besonders deutlich gelernt, daß nicht Mehrheiten die Ge-

schichte machen, sondern Minderheiten, die sich ihres Zieles und ihrer Aufgabe eindeutig und klar bewußt sind. Diese Wahrheit gilt ohne Frage nicht nur für die Geschichte, sondern auch für die Kirchengeschichte. Für uns beginnt jetzt eine ähnliche zähe und harte Aufbauarbeit, wie sie Hitler einst mit seinen sieben Mann begonnen hat. Wir sind als Staatsbürger getreue Diener der Obrigkeit und stehen auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, d. h. der nationalen Revolution und des Dritten Reiches. Aber wir lehnen es energisch ab, an politischen Erfolgen kirchenpolitisch zu verdienen.

Unsere Parole steht fest: **Zur nationalen Revolution die Erneuerung und Fortführung der Reformation** als eine völlig wesens-eigene und besondere Aufgabe! Es ist gut, daß die erste Folge des Vorstoßes der Deutschen Christen und seiner Methoden die ist, daß die Zugehörigkeit zur Jungreformatorischen Bewegung die Frage einer klaren Entscheidung für die Wahrheit geworden ist. Im Sinne des angeführten Hitler-Wortes ist die erste Folge der Art des Vorstoßes der Deutschen Christen daß die besten und entschlossensten Kräfte der Kirche sich uns für unsere Aufgaben zur Mitarbeit zur Verfügung stellen.

Die zweite Folge des großen Vorstoßes der Deutschen Christen war, daß sie alle echt religiös, aber nicht christlich empfindenden Kräfte und die mit ihnen sympatisierenden, nicht zu unterschätzenden Kräfte der deutschen Intelligenz gegen die evangelische Kirche wach gemacht haben. Die Konferenz der neuhheidnischen „Deutschen Glaubensgemeinschaft“ in Eisenach, von der wir in der vorletzten Nummer der „Jungen Kirche“ berichteten, an der sich bedeutende nationalsozialistische Führer beteiligten und die sehr radikale Forderungen für ihren staatlichen Schutz und ihre staatliche Förderung im Religionsunterricht usw. aufstellte, der Rundbrief von Prof. Hauer, über welchen wir in der nächsten Nummer der „Jungen Kirche“ berichten werden, und nicht zuletzt die oben angeführten Abschnitte aus den Organen Graf Reventlows und des Reichsjugendführers machen den Ernst der hier geschaffenen Situation kenntlich. Die Deutschen Christen haben versucht, Gegenätze zu verleugnen und zu übertönen, welche sich einfach nicht übertönen lassen. Der deutlich zutage getretene Tatbestand zeigt eindeutig, daß gerade das Dritte Reich auf religiösem Gebiet feste, klare Entscheidungen notwendig verlangt. Es gibt kein Zurück zu der Stellung, welche die Evangelische Kirche im Wilhelminischen Reich hatte. Die Kirche kann nicht wieder eine Stätte der ewigen Feste, des Harrens und Hoffens auf menschliche Kraft, der Nur-Erbauung werden. Sie muß und soll allein eine Stätte der Buße, der Entscheidung, des Wetens und Glaubens und erst damit: des Handelns Gottes am Menschen werden. Anders vermag sie der Kräfte, welche durch den Vorstoß der Deutschen Christen nun auch so deutlich offenbar geworden sind, nicht Herr zu werden. „Volkskirche“ ist ein gefährliches Wort. Man darf es nicht verstehen als Kirche des Volkes, sondern als: Kirche dem Volke. Sonst vergißt man die Wahrheit, die Luther so formuliert hat: „Auch die Kirche ist ein Heer, eine Versammlung oder Feldlager; wir stehen alle im Kampf und Kriege, das Evangelium ist unser Fähnlein, Christus ist unser Feldherr, unter ihm haben wir gut kriegen und erobern, auch den Sieg durch das göttliche Wort.“

Die Vorgänge der letzten Wochen haben außer dem bereits Erwähnten noch zu anderen Konsequenzen im nationalsozialistischen Lager geführt. So finden wir am Brett des Nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes in der Universität Berlin folgenden Anschlag:

Berlin, den 2. August 1933.

Laut Anordnung des Bundesführers verbiete ich allen Mitgliedern der Hochschulgruppe, zugleich im Studentenkampfbund DE. zu sein. Der NSDStW. hat als eine parteipolitische Organisation gemäß seinen im Parteiprogramm festgelegten Richtlinien nichts zu tun mit konfessionellen Dingen und sieht es daher als seine Pflicht an, sich von allen Organisationen, die dazu angetan sein könnten, einen neuen konfessionellen Streit heraufzubeschwören, fernzuhalten.

gez. Kurt Scherf, Geschf. gez. Helmut Freudenberg, Hochschulgruppenführer.

Am 16. August berichtete der „Völkische Beobachter“, daß der badische Amtsleiter soeben verfügt hat, daß alle Geistlichen der Deutschen Christen ihre Ämter als Ortsgruppenführer, Kreisleiter usw. niederzulegen haben, um sich nunmehr ganz ihrem eigentlichen Beruf widmen zu können. In dem betreffenden Artikel wird dann die Glaubensbewegung Deutsche Christen sogar mit dem Zentrum in Vergleich gestellt und des Liberalismus wegen der Vermischung von Politik und Religion bezichtigt und **sehr nachdrücklich betont, daß „der Nationalsozialismus sich nicht zur Stütze der einen oder anderen kirchlichen Gruppierung hergeben kann“**. Es heißt im „Völkischen Beobachter“:

Wir begrüßen diese Verfügung außerordentlich und freuen uns vor allem, daß die Initiative von der Geistlichkeit selbst ihren Ausgang genommen hat, unbeschadet der Formen, in welchen der Staat selbst seine Abmachungen mit der evangelischen Kirche noch treffen wird.

Die Konfessionalisierung der Parteien, die in so unheilvoller Weise mit der Gründung des Zentrums begann und sich zu einem Krebschaden des religiösen sowie des politischen Lebens auswirkte, geht ihrem Abschluß entgegen; die politischen Auseinandersetzungen werden nunmehr auf einem Boden ausgefochten, der nicht durchkreuzt wird von kirchlichen und religiösen Streitfragen.

Es ist vielfach in den letzten Wochen ausgesprochen worden, daß mit Abschluß des Konkordats die Zeit des liberalistischen Kulturkampfes zu Ende gegangen sei. Und das mit Recht. Denn ebenso wie durch das Konkordat das Hinübergreifen kirchlicher Interessen auf das politische Gebiet unterbunden worden ist, ebenso wird sich auch die politische Bewegung aus dem Kampf der konfessionellen Fragen herausziehen. Wenn es auch begreiflich ist, daß der nationalsozialistischen Bewegung im allgemeinen jene Gruppen sympathischer erscheinen, deren Führer sich in der Vergangenheit offen und ehrlich zum Kampf für das neue Deutschland bekannnten, so sind wir doch in das Stadium getreten, wo der Nationalsozialismus sich nicht zur politischen Stütze der einen oder anderen kirchlichen Gruppierung hergeben kann. Diese Haltung entspricht genau unserem § 24, wonach die NSDAP. sich nicht irgendwie konfessionell binden könne. Den Konfessionen stehen also zur Austragung der seelischen und geistigen Kämpfe nicht mehr die Machtmittel des Staates, aber auch nicht mehr die Wirkungsmöglichkeiten der Partei zur Verfügung. Aus innerer und ureigenster Kraft müssen die verschiedenen Bekenntnisse um die Seele des Deutschen ringen, und somit wird auch hier ein Leistungsprinzip an sich maßgebend werden, was bisher durch die Stützung des Zentrums z. B. mit Hilfe politischer Koalitionsparteien nicht gegeben gewesen war. Wir glauben, daß alle echten religiösen Persönlichkeiten innerhalb der deutschen Kirchen diese Regelung des Lebens aufrichtig begrüßen werden, wenn auch naturgemäß ein Teil überalterter Führer sich mit der neuen Sachlage noch nicht vertraut gemacht haben wird. Aber darüber wird unsere Zeit zur Tagesordnung übergeben müssen. Denn was sich mit der gesamten germanischen Wiedergeburt Deutschlands vollzieht, ist die organische Abgrenzung der verschiedensten Gebiete unseres Daseins: die politische totale Einigung, die Herstellung eines kraftvollen und bewußten Nationalstaates und Hand in Hand damit eine wahre Duldsamkeit gegenüber jeder echten religiösen Erscheinung. Der Liberalismus, der Politik und Religion vermischt hat, ist zu Ende, das Mittelalter, das

die Konfession über den Staat stellte, ist ebenfalls gestorben, die neue Zeit kündigt sich an durch die jetzige Scheidung der Kompetenzen, wenn auch in dem vollen Bewußtsein, daß das Lebensgefühl der Zukunft auch hier noch Neugestaltungen herbeiführen kann. H. R.

Diese Ausführungen des „Völkischen Beobachter“ stammen offensichtlich aus authentischer Feder. Bei ihrer Bewertung darf man nicht übersehen, daß der „V. B.“ das amtliche Organ der NSDAP. ist. Sie lassen bedeutsame Vorgänge innerhalb der NSDAP. ahnen. Die Aufgabe dieser Zeilen ist nur die, auf diese Vorgänge hinzuweisen. Eine eigentliche Stellungnahme und Auswertung kann erst später erfolgen. Sind die Deutschen Christen gemäß ihrem Anspruch Herr der Situation? Sö.

Was Freude macht.

Aus einem Brief an die Schriftleitung:

„Ich möchte Ihnen mitteilen, daß sämtliche Blätter der ‚Jungen Kirche‘ mir sehr wichtig und aufschlußreich gewesen sind. Ich habe mich von Herzen gefreut, daß die Stimme der ‚J. K.‘ sich erhoben hat! Tapfer weiter so!“

Mitteilung der Schriftleitung.

Die nächste Nummer der „J. K.“ erscheint im Umfang von sechszehn Seiten und wird eine Reihe von besonders wesentlichen Dingen mitteilen. Die drittnächste Nummer erscheint als Sondernummer wiederum im Umfang von 16 Seiten und wird eine jungreformatorische Antwort an Karl Barth aus der Feder unseres Mitarbeiters Dr. Hanns Lilje enthalten.

Ab 1. Oktober wird die „J. K.“ in neuer, bedeutend ausgebauter und erweiterter Form erscheinen. Werbt Bezieher, damit dieser Ausbau auch tatsächlich in der geplanten, evtl. sogar in noch erweiterter Form möglich wird. Erst jetzt beginnt der eigentliche Entscheidungskampf um die Evangelische Kirche, der keine Aufgabe des Streitens, sondern des Aufbaus ist.

Werbt Bezieher!

Die „Junge Kirche“ erscheint wöchentlich und kostet im Monat 60 Pfg. zuzüglich 6 Pfg. Bestellgeld. Zahlungen auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 92 597 (Johannes Holzhey, Göttingen). Zuschriften an: Verlag „Junge Kirche“, Göttingen, Franz-Seldte-Straße 13.

Spenden für die Arbeit der Jungreformatorischen Bewegung: Einzuzahlen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 103 53, Günther von Starzinski, Berlin-Nikolassee (für Jungreformatorische Bewegung).

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Söhlmann, Berlin N 24, Draniensburger-Str. 22.

Druck: Hubert & Co. GmBH., Göttingen